

Zur Schweige-Demo der Parents for Future Karlsruhe am 22.9.2019 am Flughafen
Karlsruhe/ Baden-Baden

Forderungen: Flughafen Karlsruhe/ Baden-Baden und Flugverkehr

Verkehrswende heißt auch Stopp mit der klimaschädlichen Fliegerei!

Wir fordern bezogen auf den Baden-Airport:

- Keine Subvention und keine weiteren Investitionen in den Flugbetrieb durch die angrenzenden Kommunen und Landkreise
- Keine Subvention und keine weiteren Investitionen durch das Land Baden-Württemberg
- Sofortiger Stopp der Inlandsverbindungen
- Mittelfristige Stilllegung des Baden-Airports
- keine Autobahnanbindung

Der Baden-Airport ist mit einer guten Million Passagiere pro Jahr ein Regionalflughafen, der auch nach über 20 Jahren noch keine positiven Zahlen schreibt. Jahr für Jahr übersteigen die Abschreibungen aus Investitionen den operativen Gewinn und führen zu Millionenverlusten. Selbst der Aufsichtsratsvorsitzende der Baden-Airpark GmbH Minister Winfried Hermann gibt in einer Jubiläumsrede zu bedenken: „ Der Betrieb eines Regionalflughafens ist – entgegen mancher naiver Hoffnungen – kein Selbstläufer. Die hohen Fixkosten des Flugbetriebs – vom Abfluggebäude bis zu den Sicherheitseinrichtungen – sind nur zu erwirtschaften, wenn die Zahl der Passagiere deutlich über einer Million liegt.“

Alle Flugziele vom FKB liegen innerhalb Europas und können auf deutlich weniger klimaschädliche Art und Weise erreicht werden. Allein das wäre ein Grund den Flughafen sofort still zu legen. Ein Großteil der Destinationen sind reine Ferienzele (Mallorca liegt mit ca. 20% Passagieraufkommen auf Platz 1), die bei angemessener Bepreisung, vermutlich sowieso wegfallen würden.

Anlässlich des kürzlich ausgerufenen Klimanotstands fordern wir insbesondere die Städte Karlsruhe und Bühl auf, sofort alles zu unternehmen, um ihre Beteiligung am Flughafen zu beenden. Es sollte dringlichst geprüft werden, wie die vertraglichen Beziehungen der Betreibergesellschaft abgeändert werden können, so dass ein schnellstmöglicher Ausstieg aus dem Flugbetrieb des Regionalflughafens stattfinden kann. Das Ziel sollte dabei sein, den Flugverkehr einzustellen und zu prüfen, auf welche Art und Weise die vorhandene Infrastruktur inkl. des Gewerbeparks klimafreundlich und für die Gesellschaft gewinnbringend genutzt werden kann. Sollte dies wirtschaftlich nicht vertretbar sein, muss auch langfristig eine Renaturierung in Betracht gezogen werden.

Wir erwarten, dass die beteiligten Städte, Landkreise und Kommunen sowie das Land Baden-Württemberg aufgrund der Besitzverhältnisse aktiv werden, mit gutem Beispiel voran gehen und nicht mit dem Finger auf die Bundesregierung zeigen.

Wir fordern bezogen auf den Flugverkehr in Deutschland:

- schrittweise Reduzierung des CO₂-Ausstoßes durch den Flugverkehr bis 2030, sodass das Klimaziel Nettonull erreicht werden kann
- CO₂-Abgabe, Kerosin- und Mehrwertsteuer auf den Flugverkehr
- Stopp aller Inlandsverbindungen ab spätestens 2020

Mittlerweile wissen es alle und sogar das Umweltbundesamt warnt: „Fliegen ist die klimaschädlichste Art sich fortzubewegen.“ Bei innerdeutschen Reisezielen ist ein Flug ca. 5-10 mal klimawirksamer als eine Bahnfahrt, ohne dass sich eine nennenswerte Zeitersparnis ergibt. Wir wollen nicht in erster Linie das Verhalten der Fluggäste anprangern. Es geht darum, die Mobilitätsinfrastruktur seitens der Politik so zu gestalten, dass sich klimafreundliches Verhalten für den Einzelnen auch ökonomisch auszahlt. Subventionen für CO₂-intensive Mobilität, wie das Fliegen, müssen sofort eingestellt werden. Eine angemessene Bepreisung des CO₂-Ausstosses muss mittels Klimaschutzgesetz für alle Sektoren eingeführt werden und zwingend auch für den Flugverkehr gelten. Inlandsflüge sollten möglichst sofort, spätestens in 2020, verboten werden, da mit ICE-Verbindungen bereits ausreichend Alternativen zur Verfügung stehen.